

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum wird mit der Buber-Rosenzweig-Medaille 2023 ausgezeichnet.** Die Preisträgerin vermittelt mit ihrem Bildungsprogramm „jüdische Kulturen und Identitäten und greift immer wieder gesellschaftliche Debatten auf, die mit universellen Fragen verknüpft werden“, wie der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) in Bad Nauheim erklärte. Die Stiftung verstehe so das Jüdische als „bedeutenden Teil der Stadtgeschichte und Gegenwart Berlins“. Sie wirke verbunden auch mit dem „weithin strahlenden Prachtbau der Neuen Synagoge“ an der Oranienburger Straße weit über die Stadt hinaus auf eine friedliche und plurale Gesellschaft hin, hieß es weiter zur Begründung. Für dieses seit mehr als drei Jahrzehnten „aktive und einzigartige Engagement“ zeichne der Koordinierungsrat die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum am 5. März 2023 in Erfurt aus. Die Buber-Rosenzweig-Medaille wird seit 1968 vom DKR für Verdienste um eine Verständigung zwischen Christen und Juden verliehen. In diesem Jahr erhielten der Präsident von Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, sowie der jüdische Sportverband Makkabi Deutschland die Auszeichnung zum Auftakt der „Woche der Brüderlichkeit“. (kna öki 03.05.2022)
- **Das Potsdamer Abraham-Geiger-Kolleg als Ausbildungsstätte für liberale Rabbiner mssß sich mit Vorwürfen wegen sexueller Belästigung beschäftigen.** Der Zentralrat der Juden in Deutschland dringe auf eine „schnellstmögliche und umfassende Klärung“, erklärte Zentralratspräsident Josef Schuster in Berlin: „Eine solche Nachricht über eine Ausbildungsstätte für Rabbinerinnen und Rabbiner entsetzt mich.“ Die Aufklärung könne „nur durch vom Abraham-Geiger-Kolleg unabhängige Experten erfolgen“. Der Rektor des Kollegs, Rabbiner Walter Homolka, wird nach eigener Aussage seine Ämter in der Jüdischen Gemeinschaft und an der Universität Potsdam vorerst nicht weiter ausüben. Die Universität setzte bereits eine Untersuchungskommission ein. Schuster bezog sich auf einen Beitrag der Tageszeitung „Die Welt“. Darin wird unter anderem Homolka vorgeworfen, er habe sich daran beteiligt, Fälle von sexueller Belästigung gegenüber einem Studenten zu vertuschen. In einer Stellungnahme kündigte Homolka an, er werde bis zur Klärung des Sachverhalts die „aktive Ausübung“ seiner Aufgaben in der Jüdischen Gemeinschaft und an der Universität Potsdam ruhen lassen. Er werde sich während dieser Zeit aber „auch weiterhin für ein pluralistisches und offenes Judentum einsetzen“. Er habe sein ganzes Leben in den Dienst des liberalen Judentums gestellt und versuche, Möglichkeiten zu fördern, „um sich angstfrei und kreativ mit der jüdischen Tradition auseinandersetzen zu können und sich vielfältig in das Jüdische Gemeinleben einzubringen“, so Homolka. „Alles Engagement findet auch Gegner, denen nicht gefällt, was man bewegt“, fügte er hinzu und ergänzte: „Ich bin in meinen Aufgaben immer bestrebt, das Richtige zu tun, und davon überzeugt, mich auch hier richtig verhalten zu haben.“ Zugleich erklärte er, auf das Verhalten ihm nahestehender Menschen habe er keinen Einfluss und wolle ihn auch nicht haben. „Menschlich betroffen bin ich, wenn dies mein Engagement und meine Arbeit diskreditiert.“ Unterdessen gab die Universität Potsdam bekannt, dass sie bereits vor einigen Wochen eine Untersuchungskommission zu dem Fall eingerichtet habe. Bis August solle diese Empfehlungen und Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorlegen. (kna öki 10.05.2022)
- **Bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine spielen die jüdischen Gemeinden in Deutschland nach den Worten des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, eine wichtige Rolle.** Jüdische Gemeinden kümmerten sich derzeit um zahlreiche Kriegsflüchtlinge, auch um nichtjüdische, sagte Schuster in Berlin. Viele Angehörige jüdischer Gemeinden hätten russische und auch ukrainische Sprachkenntnisse und Erfahrung mit dem Thema Integration. Zugleich sei es aber auch so, dass Menschen aus der Ukraine oft Verwandte und Freunde und damit eine feste Anlaufstelle in Deutschland hätten. (kna öki 17.05.2022)
- **Die Leo-Baek-Foundation ist jetzt alleinige Trägerin des Abraham-Geiger-Kollegs in Potsdam.** Die Stiftung, die bisher lediglich einen Teil der Geschäftsanteile hielt, übernahm

unentgeltlich alle Anteile an der gemeinnützigen Gesellschaft von Gründer Rabbiner Walter Homolka, wie das Kolleg mitteilte. „Die Anteilsübertragung ist ein wichtiger Schritt für die Neuaufstellung des Abraham-Geiger-Kollegs“, so Kolleg-Kanzlerin Anne-Margarete Brenker. Das Führungsteam des Kollegs nimmt damit eine weitere „wesentliche Weichenstellung“ vor, nachdem die frühere Berliner Finanzstaatssekretärin Gabriele Thöne übergangsweise als Direktorin eingesetzt worden war, wie es hieß. „Höchste Priorität hat für uns, zügig alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Abraham-Geiger-Kolleg in die Zukunft zu führen und so auch weiterhin das liberale Judentum in Deutschland zu stärken“, erklärte Thöne. Die Rechtsanwältin soll vor allem die Vorwürfe gegen die Ausbildungsstätte aufarbeiten und „deren Neustrukturierung in die Praxis umsetzen“. Das neue Führungsteam um den Rabbiner Edward van Voolen und Kanzlerin Brenker wolle das Kolleg reformieren. Der Zentralrat der Juden in Deutschland beauftragte unterdessen die Kölner Rechtsanwaltskanzlei Gercke Wollschläger, die Vorwürfe der sexuellen Belästigung und des Machtmissbrauchs an dem Kolleg zu prüfen. Die Gutachter sollen auch in der Leo Baeck Stiftung, dem Zacharias Frankel Kolleg, dem Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk, der Union Progressiver Juden und der Allgemeinen Rabbiner Konferenz tätig werden. Diese Institutionen hätten der Untersuchung ausdrücklich zugestimmt, so der Zentralrat. Die Kanzlei werde Verantwortungsträger, Mitarbeiter sowie potenzielle Opfer oder andere Betroffene befragen. Mit Ergebnissen der Untersuchung sei um den Jahreswechsel 2022/23 zu rechnen. Die Auswertung solle auch Handlungsempfehlungen enthalten, um festgestellte Defizite zu beseitigen und künftigen Defiziten im Zusammenhang mit sexualisierter Belästigung und Gewalt und sonstigem Machtmissbrauch vorzubeugen. Die Vorwürfe der sexuellen Belästigung von Studierenden richten sich gegen einen früheren Dozenten des Kollegs und die Kritik am Umgang damit gegen den bisherigen Rektor Homolka. Dieser übt seit Medienberichten über den Skandal seine Ämter und Aufgaben in der jüdischen Gemeinschaft bis zur Klärung des Sachverhalts nicht aus. Die Universität Potsdam richtete nach eigenen Angaben bereits vor einigen Wochen eine Untersuchungskommission zu dem Fall ein. Das nach dem Rabbiner Abraham Geiger (1810-74) benannte Kolleg bildet seit 2011 als An-Institut der Universität Potsdam liberale Rabbinerinnen und Rabbiner, Kantorinnen und Kantoren aus. Es ist das erste Rabbinerseminar in Zentraleuropa, das nach der Schoah gegründet wurde. Im Zuge der Vorwürfe war zuvor der Geschäftsführende Direktor der School of Jewish Theology an der Universität Potsdam, Daniel Krochmalnik, zurückgetreten. Die School of Jewish Theology gehört zur Philosophischen Fakultät der Uni und kümmert sich um die akademische Ausbildung. In einem Brief u.a. an das Kollegium und Studierende meinte Krochmalnik, der im Ruhestand ist und bis zur Wahl seiner Nachfolge die Geschäfte kommissarisch weiterführen wollte, die „aktuelle Krise“ erfordere einen personellen Neuanfang. Er sprach zudem von einer „Schlamm Schlacht“. Laut „Spiegel“ wird Krochmalnik vorgehalten, er habe einem Professor, der die Vorwürfe habe aufklären wollen, in einem internen Schreiben vorgeworfen, er füge der School of Jewish Theology und anderen Institutionen durch seine „öffentlichen Beschuldigungen“ enormen Schaden zu. Krochmalnik habe zudem auf Versuche einer ehemaligen Studentin, die die Vorwürfe an das Brandenburger Wissenschaftsministerium weitergetragen habe, folgendermaßen reagiert: In einer E-Mail habe er geschrieben, man benötige keine „freiwilligen Postbotinnen zur Landesregierung“, schreibt der „Spiegel“. In seinem Brief erklärt Krochmalnik nun, es sei ihm „leider nicht gelungen, meinem Kollegen klar zu machen, dass eine öffentliche Beschädigung des AGK und seines Direktors zwangsläufig eine Selbstbeschädigung der School sei.“ (kna öki 24.05.2022)

- **Nach den Vorwürfen am Abraham-Geiger-Kolleg wollen die Ausbildungsstätte für liberale Rabbiner und der Zentralrat der Juden in Deutschland vertrauensvoll zusammenarbeiten.** Das erklärte das Kolleg nach einem ersten Gespräch der Interimsdirektorin des Kollegs, Gabriele Thöne, mit Zentralratspräsident Josef Schuster. Das Treffen habe eine „große Übereinstimmung in den für beide Seiten wichtigsten Zielen“ gezeigt, hieß es. „Ich freue mich, dass dieses Treffen in einer sachorientierten und angenehmen Atmosphäre verlief und der Zentralrat uns dabei zur Seite stehen will, die Zukunft des Abraham Geiger Kollegs zu sichern“, betonte Thöne. Beiden Seiten sei der Erhalt der Institution des liberalen Judentums ein Anliegen. „Ich werde mich mit ganzer Kraft der Neustrukturierung und Zukunftssicherung dieser wichtigen Ausbildungsstätte widmen“, so Thöne. „Die enge Kooperation mit dem Zentralrat, den Institutionen des liberalen Judentums, Studierenden und Alumni, der Universität und den Freunden und Förderern des Kollegs ist dafür essenziell.“ Die Vorwürfe der sexuellen Belästigung von Studierenden richten sich gegen einen früheren Dozenten des Kollegs und die Kritik am Umgang damit gegen den bisherigen Rektor, Rabbiner Walter Homolka. Dieser übt seit Medienberichten über den Skandal seine Ämter und Aufgaben in der jüdischen Gemeinschaft bis zur Klärung des Sachverhalts nicht aus. (kna öki 31.05.2022)

- **Der Mainzer katholische Alttestamentler Thomas Hieke findet in der Bibel keine Gründe für ein Verbot von Homosexualität.** „Es ist absurd, aus der Bibel natur- oder humanwissenschaftliche Tatsachen abzuleiten, ebenso absurd ist es, natur- oder humanwissenschaftliche Erkenntnisse zu leugnen oder zurückzuweisen, weil sie angeblich bestimmten Bibelversen widersprechen“, sagte er beim Katholikentag in einem Vortrag mit dem Titel „Kein zweiter Fall Galilei“. Die Bibel bedürfe immer der Auslegung und Interpretation. „Bibelauslegungen sind also stets zu überprüfen, vor allem dann, wenn sich scheinbar ein Widerspruch zwischen biblischen Texten und naturwissenschaftlichen Erkenntnissen auftut.“ Theologen müssten stets die Frage stellen, ob sie die Lehre wegen neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse neu formulieren müssten. Mit Blick auf die katholische Sexuallehre betont der Bibelexperte, es sei weit verbreitete humanwissenschaftliche Erkenntnis, dass „menschliche Sexualität komplexer sei als das Aufeinandertreffen zweier durch ihr biologisches Geschlecht festgelegter Wesen zur Zeugung von Nachkommenschaft“. Die Theologie müsse deshalb anerkennen, dass die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ein Teil der Schöpfungsordnung Gottes seien. Die Bibel sei kein Steinbruch, aus dem Stellenangaben zur vermeintlichen Absicherung eigener theologischer Argumentationen gewonnen werden könnten, betonte Hieke. „Biblische Verse brauchen ihren literarischen und soziokulturellen Kontext.“ Als antiker Text könne die Bibel nicht unmittelbar als „gesetzliche Vorschrift“ dienen – weder für einen modernen Staat, noch für eine heutige Religionsgemeinschaft, die sich an der Vernunft orientiere. (kna öki 31.05.2022)
- **Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass die antijüdische Skulptur an der Fassade der Wittenberger Stadtkirche nicht entfernt werden muss.** Es fehle dem jüdischen Kläger an einer gegenwärtigen Rechtsverletzung, urteilte der VI. Zivilsenat. Durch eine Bodenplatte und eine Schrägaufsteller unterhalb des Reliefs wurde nach Überzeugung der Richter das Schandmal in ein Mahnmal umgewandelt. Dabei gehe es um die Erinnerung an die jahrhundertalte Diskriminierung und Verfolgung von Juden bis zum nationalsozialistischen Völkermord. Die deutsche Rechtsordnung gebiete keine Beseitigung des Reliefs. Die evangelische Kirche reagierte erleichtert auf das Urteil, versprach aber gleichzeitig, sich intensiver mit judenfeindlichen Traditionen in Bildern und Texten auseinandersetzen zu wollen. Es gelte jetzt, an der Kirche noch mehr zu tun, um mit einer klaren Botschaft „das da oben zu entkräften“, sagte der Wittenberger Pfarrer Alexander Garth. Was genau passieren soll, könne er noch nicht sagen, er wolle „dem kreativen Prozess nicht vorgreifen“. Der Antisemitismusbeauftragte der EKD, Christian Staffa, erklärte, eine juristische Lösung alleine reiche nicht aus. „Es geht um intensivere Aufklärung und aus meiner Sicht auch um visuell andere Lösungen.“ Dies könnten etwa Verhüllungen sein, die judenfeindliche Darstellungen nicht kaschierten, aber das Erbe der Judenfeindlichkeit in der protestantischen Tradition thematisierten. Dazu müssten auch andere Kunstwerke in den Blick genommen werden. Aus Sicht des evangelischen Landesbischofs von Mitteldeutschland, Friedrich Kramer, schaffte das Urteil „die nötige Klarheit, um die Weiterentwicklung des Mahnmals voranzubringen. Es herrscht Konsens, dass die gegenwärtige Informationstafel sowie das Mahnmal in Form einer Bodenplatte heute nicht mehr dem Anspruch genügen, die Wirkung der judenfeindlichen Schmähplastik an der Fassade zu brechen.“ Bei jüdischen Verbänden rief das Urteil Kritik hervor. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hält den Richterspruch zwar für nachvollziehbar. „Allerdings vermag ich der Begründung des BGH insofern nicht folgen, als nach meiner Auffassung weder die Bodenplatte noch der erläuternde Schrägaufsteller eine unzweideutige Verurteilung des judenfeindlichen Bildwerks beinhalten.“ Zudem müsse die Kirche sich klarer zu ihrer Schuld bekennen und ihren jahrhundertelangen Antijudaismus verurteilen, so Schuster. Aus Sicht des Internationalen Auschwitz Komitees ist das Urteil „enttäuschend“. „Dieses jahrhundertalte Schandmal an einem der wichtigsten Orte des Protestantismus, dessen Botschaft auch nach Auschwitz geführt hat, belastet das Verhältnis zwischen Juden und Christen bis heute“, sagte der Exekutiv-Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner. Er sähe es als „ein Zeichen von großer Einsicht und distanzierender Symbolkraft“, wenn das Relief von der Kirche gelöst und in einem musealen Kontext ausgestellt würde. Das forderte auch die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch. Sie hoffe, dass das Urteil nicht das Ende der Diskussion bedeute, sondern doch noch eine konsequente Distanzierung stattfinde. Der Geschäftsführer des Berliner Tikvah Instituts, Volker Beck, betonte, das Urteil sei „kein Freibrief für Judensäue in Kirchen, sondern verlangt von Kirchen eine Beseitigung der Hetzbotschaft durch begleitende Distanzierung und Erläuterung“. Die als „Judensäue“ bekannte Plastik ist in etwa vier Metern Höhe an dem Kirchengebäude angebracht. Dargestellt ist eine als Rabbiner karikierte Figur, die den Schwanz eines Schweins anhebt und das im Judentum als unrein geltende Tier von hinten betrachtet. Zwei weitere als Juden gezeigte Figuren saugen

an den Zitzen. Eine vierte Figur hält Ferkel von der Muttersau fern. Der Kläger Michael Düllmann kämpft seit 2018 für die Entfernung der Skulptur, weil er sie als beleidigend empfindet. Der Streit hat grundsätzliche Bedeutung. In Europa gibt es geschätzte 50 weitere ähnliche Darstellungen an Kirchen. Düllmann hatte angekündigt, sich im Falle einer Niederlage vor dem BGH ans Bundesverfassungsgericht und gegebenenfalls auch an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wenden zu wollen. (kna öki 21.06.2022)

- **Militärbundesrabbiner Zsolt Balla hat eine positive Bilanz nach seinem ersten Amtsjahr gezogen.** „Eines der wichtigsten Ziele war, die jüdische Militärseelsorge sichtbar zu machen und für Soldaten da zu sein. Da haben wir bereits manches erreicht – wir haben Rosch Haschana, Sukkot und Purim in einem kleinen Kreis gefeiert und dabei Kontakte geknüpft und vertieft“, sagte Balla im KNA-Interview. „Wie wir umfassendere Veranstaltungen anbieten können, die für unsere jüdischen Soldaten auch bezahlbar sind, ist aber noch eine große Herausforderung.“ Zudem sei mit einem „regelmäßigen gemeinsamen jüdischen Lernen“ mit jüdischen und nichtjüdischen Soldaten begonnen worden, sagte Balla. Zurzeit seien seine Kollegen im Rabbinat vor allem mit der Einarbeitung der Militärrabbiner und Rabbinatshelfer beschäftigt. Auch solle für Soldaten koschere Verpflegung sichergestellt werden. Darüber hinaus sei es gelungen, bei Personal und Organisation ein Fundament für das Militärrabbinat zu legen und wichtige Arbeitsvoraussetzungen vor allem für die Militärrabbiner zu schaffen, die ihm zur Seite stehen sollen, erklärte Balla. Derzeit gebe es bereits einen in München. Mit Blick auf weitere Kollegen sagte Balla: „Wir sind auf dem richtigen Weg für eine gute Auswahl. Wir hatten jetzt die nächste Runde an Vorstellungsgesprächen für geeignete Rabbiner für unsere Standorte in Hamburg, Köln und München.“ Balla war am 21. Juni 2021 in sein Amt eingeführt worden. Die Einrichtung der jüdischen Militärseelsorge galt als historisches Ereignis vor allem mit Blick auf die Schoah. Feldrabbiner hatte es zuletzt im Ersten Weltkrieg gegeben. Balla ist nach wie vor auch Leipziger Gemeinderabbiner, sächsischer Landesrabbiner und im Vorstand der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland. (kna öki 21.06.2022)
- **Die Schulen in Deutschland müssen nach Einschätzung von Spitzenvertretern aus Politik und Judentum verstärkt gegen Antisemitismus vorgehen.** Dabei spiele die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte eine zentrale Rolle, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, in Berlin bei einer Fachtagung. Sie müssten fähig sein, judenfeindliches Verhalten „zu erkennen und angemessen zu reagieren“. Dies sei auch in einem Fach wie Chemie erforderlich, wenn etwa ein Schüler beim Thema Gas eine Bemerkung über den Völkermord an den Juden mache. Die Lehrpläne für politische und historische Themen müssten auch die Geschichte Israels und den Nahostkonflikt angemessen berücksichtigen, forderte Schuster weiter. Zur Begründung erklärte er, dass israelbezogener Antisemitismus „weit über Migrantenkreise hinaus“ verbreitet sei und auch bei Linken und in Kirchen vorkomme. Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) sagte, judenfeindliche Einstellungen gebe es bei rund einem Viertel der Bevölkerung in Deutschland. Dagegen einzutreten, sei auch ein „wirksamer Beitrag“ zum Schutz der Demokratie. Hubig plädierte dafür, das Thema Judentum im Schulunterricht „nicht auf Ausgrenzung und Völkermord zu reduzieren, sondern die ganze Vielfalt jüdischen Lebens vorzustellen“. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, würdigte die vor einem Jahr von Bund, Ländern und Zentralrat veröffentlichten Empfehlungen zum Umgang mit Judenfeindlichkeit in Schulen als „echten Meilenstein“. Sie hätten „die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Problems geschaffen“. Klein rief dazu auf, diese Empfehlungen in den Koalitionsvereinbarungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein „verbindlich umzusetzen“. Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Ludwig Spaenle, warb dafür, Lehrkräften einen „möglichst niedrigschwelligen Zugang“ zu Bildungsangeboten über Antisemitismus zu ermöglichen. Sie bräuchten konkrete Hilfen für den Umgang mit solchen Fällen „im Klassenzimmer, im Lehrerzimmer und in Familien“. Die Soziologin und Diskriminierungsexpertin Julia Bernstein berichtete, Lehrkräfte seien vor allem bei israelbezogenem Antisemitismus überfordert. Er schließe oft auch religiöse und rassistische Formen von Judenfeindlichkeit ein. (kna öki 28.06.2022)
- **Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, beobachtet Antisemitismus in vielen Erscheinungsformen.** In den Schulen sei er „leider ein strukturelles Problem“, sagte Schuster im Interview der „Passauer Neuen Presse“. „Wir finden ihn in allen Fächern, in all seinen Erscheinungsformen, etwa auch mit Bezug auf Israel, und auch bei Lehrern selbst.“ Zwar seien viele Lehrmaterialien inzwischen überarbeitet worden, ergänzte Schuster. Dies ändere jedoch nichts daran, „dass weiterhin auf dem Schulhof der Begriff ‚Du Jude‘ als Schimpfwort gilt oder auch andere Formen des Antisemitismus nicht

erkannt werden. Lehrkräfte, sowohl erfahrene wie frisch von der Universität kommende, wissen häufig nicht, wie sie mit antisemitischen Vorurteilen umgehen sollen. Sie haben auch nicht immer Rückhalt ihrer Schulleitungen.“ Weiter meinte Schuster: „Man muss den Pädagogen das Rüstzeug an die Hand geben, wie sie im Falle von Antisemitismus in der Klasse, auf dem Schulhof damit umgehen und reagieren sollen.“ Viele Pädagogen und auch Zuständige bei den Behörden sähen den Handlungsbedarf. Jedoch handelten manche Lehrkräfte eher nach dem Motto „Augen zu und durch“, bemängelte der Zentralratspräsident. „Und auch bei den Eltern scheint mir das Verhalten oft ähnlich zu sein.“ Dabei sei Wegschauen „die bei weitem schlechteste aller Möglichkeiten“. (kna öki 28.06.2022)

- **Zum Ende des Festjahres zu „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ haben die Initiatoren die europäische Perspektive jüdischen Lebens unterstrichen.** Die Idee des Festjahres solle auf die europäische Ebene gehoben werden, sagte der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, in Berlin. „Hier sehen wir eine Zukunft für unsere Erfolgsstory.“ Lehrer äußerte sich im Jüdischen Museum auf der Abschlussveranstaltung zum Festjahr. Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley (SPD), nannte es „wirklich spannend“ zu erkunden, „wie es in anderen Ländern aussieht“. Auch auf EU-Ebene werde jüdisches Leben häufig in Bezug auf Antisemitismus diskutiert. Zugleich sagte sie, sie habe den Eindruck, man schaue in der EU mittlerweile anders auf jüdisches Leben. Sie lenkte den Blick in dem Zusammenhang auch auf die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens. Der Blick auf jüdisches Leben habe im Festjahr eine neue Dynamik bekommen, so Barley. Sie sprach auch den Skandal um ein als jüdenfeindlich kritisiertes Kunstwerk auf der documenta in Kassel an: Bis vor kurzem hätte es kaum jemand für möglich gehalten, dass so etwas in Deutschland passiere, sagte Barley. Lehrer zog eine positive Bilanz des Festjahres: So sei jüdisches Leben in Deutschland sichtbar geworden. Zugleich sei der Judenhass nicht verschwunden, und es gebe weiterhin offene Fragen beim Thema Gedenkkultur. Es seien hier aber neue Ansätze gefunden worden. Der Verein „321-2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, der das Festjahr initiiert hatte und dessen Gründungsmitglied Lehrer ist, sei mit dem Ergebnis zufrieden. Der Vorsitzende des Vereinskuratoriums, Jürgen Rüttgers, betonte, dass der Kampf gegen Antisemitismus nicht nur Aufgabe von Juden sei, sondern aller staatlicher und ziviler Institutionen. Die Erinnerungskultur müsse an die nächste Generation weitergetragen werden, auch „zusammen mit unseren europäischen Nachbarn“. Der Musiker Ben Salomo sprach von einem positiven Festjahr, betonte zugleich aber auch, dass noch viel zu tun sei: „Wir haben sehr viel Arbeit vor uns.“ In dem Zusammenhang nannte er die Vorgänge rund um die documenta, Coronaleugner und Islamisten. Nach mehr als 2.400 Veranstaltungen geht das Festjahr im Juli zu Ende. Es war im Februar 2021 in der Synagogen-Gemeinde Köln eröffnet und wegen der Corona-Pandemie bis Juli 2022 verlängert worden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war Schirmherr. (kna öki 28.06.2022)
- **Nach dem Skandal um ein documenta Kunstwerk mit jüdenfeindlichen Darstellungen zeigen sich der Zentralrat der Juden in Deutschland und die jüdischen Gemeinden in Hessen tief erschüttert.** Der wissenschaftliche Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats, Doron Kiesel, sprach in Kassel von einer „tiefen Vertrauensschütterung“ hinsichtlich der Fähigkeit der deutschen Gesellschaft, mit ihrer eigenen Geschichte umzugehen. Der Zentralrat habe seine „Wächterfunktion“ in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Deutschland längst aufgeben wollen, weil er gedacht habe, die bundesrepublikanische Gesellschaft sei „reif genug“, dies selbst ausreichend zu tun. Doch nun müsse man feststellen, dass gerade in sogenannten aufgeklärten Kreisen die Relevanz des Themas Antisemitismus in ihrer Breite und Tiefe keinerlei Resonanz zeige, so Kiesel. „Es geht nicht um die Befindlichkeit von uns Juden“, betonte er. „Es geht um das Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft.“ Kiesel äußerte sich bei einem Podiumsgespräch in Kassel mit dem Titel „Antisemitismus in der Kunst“. Mit der documenta-Präsentation der Arbeit „People’s Justice“ des indonesischen Künstlerkollektives Taring Padi, die als offen jüdenfeindlich kritisiert wurde, sei etwas eingetreten, was in den „übelsten Träumen“ vorkomme, so der Vertreter des Zentralrats weiter. Ein solches Bild sei ein Skandal, weil damit „heutzutage auf einmal Bilder hier erscheinen, über die sich Adolf Eichmann und Joseph Goebbels gefreut hätten“, sagte Kiesel. Das Werk „People’s Justice“ zeigte unter anderem einen mit Davidstern dargestellten Soldaten mit Schweinsgesicht, der einen Helm mit der Aufschrift „Mossad“ trägt – dem Namen des israelischen Auslandsgeheimdienstes. Hessens Kunstministerin Angela Dorn (Grüne) sprach in einem Grußwort bei dem Podiumsgespräch von einer „Grenzüberschreitung“ auf der documenta. Auf dem Friedrichsplatz in Kassel seien eindeutig antisemitische Motive zu sehen gewesen – „Motive, wie sie auch Wegbereiter des beispiellosen Ver-

brechens der Schoah waren“. Nun befinde man sich in einem Prozess der Klärung, wie es dazu kommen konnte. „Und es muss sichergestellt werden, dass auch weitere Ausstellungsobjekte sorgfältig analysiert werden.“ betonte Dorn. Das sei zuvorderst eine Aufgabe der Kuratoren und der künstlerischen Leitung, aber auch der documenta gGmbH. „Kunstfreiheit legitimiert keinen Judenhass“ Der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Jacob Gutmark, sagte der „Jüdischen Allgemeinen“: „Ich glaube nicht, dass der Judenhass verschwindet, wenn der Antisemitismus auf der documenta aufgearbeitet worden ist. Antisemitismus ist eine Plage, die uns noch lange beschäftigen wird.“ Die Hemmungen seien deutlich weniger geworden. „Bei der documenta war man blind – als ob man nicht wusste, worum es geht. Doch auch die Kunstfreiheit legitimiert keinen Judenhass“, sagte Gutmark. Die Geschäftsführung der documenta scheine ihm für die Aufarbeitung des Skandals „ungeeignet“ zu sein. Der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Salomon Korn, erklärte, es müsse „nach der allgemeinen ersten Empörung auch personelle Konsequenzen geben“. Korn: „Die Verantwortlichen, allen voran die Generaldirektorin der documenta Sabine Schormann, hat hier grob fahrlässig gehandelt und nach Bekanntwerden des antisemitischen Eklats durch relativierende Äußerungen wenig Einsicht bewiesen.“ (kna öki 05.07.2022)

- **Papst Franziskus hat Mitgliedern des International Jewish Committee for Interreligious Consultations für ihre jahrelange Dialogarbeit gedankt.** Seine Grüße übermittelte er über Kurienkardinal Kurt Koch; ein Treffen mit den Vertretern aus den USA wurde aufgrund akuter Knieschmerzen abgesagt. Franziskus nutzte den schriftlichen Gruß, um erneut jegliche Form von Antisemitismus zu verurteilen. Die katholische Kirche sehe hier eine große Verpflichtung durch Präventionsarbeit vor allem im Bildungssektor. „Durch die Stärkung des Dialogs können wir dem Extremismus widerstehen, der leider auch in den Religionen auftreten kann“, betonte der Papst. Juden und Christen könnten sich auf das geistige Erbe stützen, das sie teilten und für dessen Bewahrung und Verständnis sie verantwortlich seien. Gerade in turbulenten Zeiten sei es wichtig, dass Juden und Christen sich öfter trafen und stärker zusammenarbeiteten, um negativen Entwicklungen in westlichen Gesellschaften etwas entgegenzusetzen. (kna öki 05.07.2022)
- **Verletzendes Verhalten, Bedrohungen, Angriffe, Gewalt:** Für das vergangene Jahr hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias) 2.738 judenfeindliche Vorfälle in Deutschland erfasst. Damit stieg die Zahl im Vergleich zu 2020, als die einzelnen Rias-Meldestellen bundesweit 1.957 Ereignisse registriert hatten. Die Experten rechnen außerdem mit einer hohen Dunkelziffer. Das geht aus dem Jahresbericht des Rias-Bundesverbands hervor. Demnach ist der Anstieg zum Teil auf eine veränderte Datengrundlage zurückzuführen. Rias betont, dass die Zahl der registrierten Vorfälle, die nicht in jedem Fall strafbar sind, statistisch nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung seien: „Ziel des vorliegenden Berichts ist es vielmehr, die alltägliche Dimension von Antisemitismus in Deutschland zu verdeutlichen.“ Im Mai hatte das Bundeskriminalamt einen starken Anstieg antisemitischer Straftaten für 2021 um 29 Prozent auf den Höchststand von 3.027 Delikten bekanntgegeben. Laut Bericht prägten das Gesamtbild vor allem die Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Diese Proteste seien besonders für Anhänger des verschwörungsideologischen Spektrums „vielfach ein Anlass für antisemitische Äußerungen oder Handlungen“ gewesen. Hinzu sei der Nahostkonflikt von Mai 2021 gekommen, der auch zu judenfeindlichen Beleidigungen oder Bedrohungen sowie Angriffen geführt habe. Auch rund um Gedenktage sei erneut eine Vielzahl an Vorfällen registriert worden. Antisemitismus äußerte sich laut Bericht „häufig niedrigschwellig, mitunter aber auch extrem gewaltförmig“. Demnach dokumentierten die Meldestellen sechs Fälle extremer Gewalt. Fast die Hälfte aller 13 seit 2017 bekannt gewordenen Fälle von extremer Gewalt hätten sich 2021 ereignet. Abseits davon würden Juden in Deutschland „in ganz alltäglichen Situationen mit verletzenden antisemitischen Bemerkungen konfrontiert“. Am häufigsten erfassten die Meldestellen verletzendes Verhalten mit 2.182 Vorfällen. Darüber hinaus gab es demnach 101 Bedrohungen, 204 gezielte Sachbeschädigungen, 182 Massenzuschriften und 63 Angriffe. Von den betroffenen Institutionen seien es am häufigsten jüdische und israelische (521 Fälle) gewesen. Dieses Bild ergebe sich auch bei den betroffenen Einzelpersonen mit 518 Fällen. Allerdings seien auch Nichtjuden und nichtjüdische Einrichtungen zur Zielscheibe geworden. Die häufigsten Tatorte waren erneut das Internet und die Straße. Was den politisch-weltanschaulichen Hintergrund von Vorfällen angeht, stiegen antiisraelischer Aktivismus auf 9 Prozent (2020: 4) und verschwörungsideologisches Milieu auf 16 Prozent (2020: 13). Gesunken sei der Anteil von rechtsextrem/rechtspopulistisch auf 17 Prozent (2020: 25). Der Jahresbericht beruht auf Meldungen von Betroffenen oder Zeugen beziehungsweise Organi-

sationen an den Bundesverband von Rias oder Meldestellen, die es in einigen Bundesländern gibt. Der Bericht berücksichtigt erstmals Daten von drei neuen Meldestellen. (kna öki 05.07.2022)

- **Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung schreibt dem vor 75 Jahren von der evangelischen Kirche verfassten „Darmstädter Wort“ eine große Bedeutung in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu.** Das Positionspapier enthalte eine „klare Absage gegen Militarismus und Nationalismus“, sagte Jung anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung in der Darmstädter Stiftskirche. Der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) verschwieг dabei aber auch Defizite der Nachkriegs-Denkschrift nicht. Das „Darmstädter Wort“ geht auf die Bekennende Kirche zurück, einen 1934 entstandenen Zusammenschluss NS-kritischer evangelischer Geistlicher. Am 8. August 1947 verabschiedete die Leitung der Bekennenden Kirche die Erklärung. In dem Text, der mehrfach die Formulierung „Wir sind in die Irre gegangen“ enthielt, wurden kirchliche Verstrickungen in den NS-Staat und eine aktive Mitschuld der Kirche benannt. Eine der markantesten Formulierungen des Textes lautete: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne.“ Einer der Initiatoren und maßgeblichen Verfasser war der erste Kirchenpräsident der EKHN, der Theologe Martin Niemöller (1892-1984), ein führender Vertreter der Bekennenden Kirche. Jung sagte weiter, er wolle auch kritische Fragen an diesen Text nicht verschweigen. Heute sehe man noch viel klarer, „dass auch das Darmstädter Wort keine Silbe für das Menschheitsverbrechen der Schoah übrig hatte“. Auch die damalige schwierige soziale und wirtschaftliche Situation vieler Menschen in Deutschland, insbesondere der Vertriebenen, finde „keine konkrete Erwähnung, obwohl explizit von der im Evangelium begründeten Verpflichtung die Rede ist, sich der ‚Sache der Armen und Entrechteten‘ anzunehmen“. Es werde deutlich, dass die Autoren damals vor allem von der Überzeugung getragen gewesen seien, ein „prophetisches Wächteramt“ wahrnehmen zu müssen. Die Veranstaltung in der Stiftskirche stand unter der Überschrift „Irrwege verlassen – Friedenswege suchen“. (kna öki 19.07.2022)
- **Die evangelische Stadtkirchengemeinde Wittenberg will sich noch klarer von der antijüdische Skulptur an der Fassade der Schlosskirche distanzieren.** Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte Mitte Juni entschieden, dass die Schmähplastik nicht entfernt werden muss. „Zugleich machten die vorausgehende Verhandlung sowie viele Einzelgespräche, öffentliche Wortmeldungen und begleitende Briefwechsel klar, dass eine deutlichere Distanzierung der Kirchengemeinde vom Antisemitismus der Plastik nötig ist“, erklärte der Vorsitzende des Gemeindegemeinderates, Jörg Bielig, in Wittenberg. Auch ein „Ortswechsel“ der Plastik werde von der Kirchengemeinde nicht ausgeschlossen. Durch eine Bodenplatte und eine Schrägaufsteller unterhalb des Reliefs wurde nach Überzeugung der Richter am BGH das Schandmal in ein Mahnmal umgewandelt. Dabei gehe es um die Erinnerung an die jahrhundertealte Diskriminierung und Verfolgung von Juden bis hin zum nationalsozialistischen Völkermord. In Europa gibt es geschätzte 50 weitere ähnliche Darstellungen an Kirchen. Bielig erklärte, eine textliche Neufassung der Erklärungstafel sei bereits beschlossen worden. „Die Neugestaltung des Aufstellers ist jedoch nur ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen, um dieser in Stein gehauenen Beleidigung aller Juden und ihres Glaubens einen deutlicheren und sichtbareren Ausdruck für die christliche Umkehr von Judenfeindlichkeit entgegenzusetzen.“ Am 25. Juli trete zum ersten Mal nach dem BGH-Urteil der Beirat zur „Stätte der Mahnung“ wieder zusammen, um Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und der Kirchengemeinde konkrete Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten. (kna öki 19.07.2022)
- **Der mögliche Abriss einer alten Synagoge in Detmold hat aus Sicht der dortigen Jüdischen Gemeinde einen antisemitischen Hintergrund.** Der Gebäudeeigentümer sei ein in der rechten Szene bekannter Anwalt und betreibe „Geschichtsrevisionismus“, sagte der Gemeindevorsitzende Matitjahu Kellig der KNA. Mehrere Medien hatten in den vergangenen Tagen berichtet, Grundstückseigentümer Hendrik Schnelle plane einen Abriss des Gebäudes und den Bau von Parkplätzen. „Wer auch nur ein ganz kleines bisschen Geschichtsbewusstsein hat, weiß, dass ein solcher Abriss mit unserer Historie nicht vereinbar ist“, sagte Kellig. Das Gebäude wurde vor rund zehn Jahren von Forschenden als Hofsynagoge aus dem 17. Jahrhundert identifiziert. Das Haus ist damit eine der ältesten Synagogen in Norddeutschland. Die Jüdische Gemeinde hofft auf ein Museum oder eine Begegnungsstätte an dem Ort. Erwerb und Sanierung seien jedoch Aufgabe des Staates und nicht der Gemeinde, so Kellig. Der Umwandlung des Gebäudes in ein Museum stehe er positiv gegenüber, schreibt Eigentümer Schnelle in einem der KNA vorliegenden Brief an Kellig. Er sei bereit, das Gebäude an

die Gemeinde zu vermieten, wenn sie die Sanierungskosten von mindestens 400.000 Euro übernehme. Er habe Fördergelder für die Sanierung beantragt, solche jedoch nie bewilligt bekommen, sagte er auf Anfrage. Angesichts dieser jahrelangen Bemühungen sei es „eine besonders grobe Unverschämtheit, wenn mir jetzt unterstellt wird, ich würde den Abbruch des Hauses aus ideologischen Gründen betreiben“. Da die Denkmalbehörde den Abriss des Gebäudes untersagt hat, wird der Fall derzeit vor Gericht verhandelt. Zudem machte die Stadt Detmold Schnelle ein Angebot zum Kauf des Hauses, wie ein Sprecher bestätigte. Das Berliner Tikvah Institut forderte laut Medienberichten in einem Brief an die nordrhein-westfälische Staatskanzlei die Enteignung des Gebäudes. (kna öki 19.07.2022)

- **Als eine „produktive theologische Irritation“ betrachtet der Wiener Dogmatiker Jan-Heiner Tück den Dialog mit dem messianischen Judentum.** Messianische Juden bekennen sich zu Jesus als dem Messias Israels, legen aber zugleich Wert darauf, Juden zu bleiben, nach den Regeln der Tora zu leben und keiner christlichen Kirche beizutreten. Sie seien insofern „ein Stachel im Fleisch der christlichen Theologie“, als sie die Frage aufwerfen, „wie das Verlorene wiedergewonnen und die Kirche der Völker erneut Kirche aus Juden und Heiden werden kann“, sagte Tück im Gespräch mit der österreichischen katholischen Nachrichtenagentur „Kathpress“. „Die Hoffnung, dass das Ur-Schisma zwischen Israel und der Kirche am Ende nur durch Gott selbst geheilt werden kann, findet einen konkreten geschichtlichen Anker darin, dass messianische Juden sich selbst als missing link zwischen Israel und Kirche verstehen“, meinte Tück. Sie konfrontierten andere Juden damit, dass sie jahrhundertlang ihren „Bruder Jesus“ nicht beachtet hätten; zugleich erinnerten sie die Kirche daran, dass sie schon in den ersten Jahrhunderten die Judenchristen durch eigene Schuld verloren habe – „eine echte Provokation“, so der Theologe. Tück äußerte sich im Anschluss an eine Tagung an der Universität Wien. Sie stand unter dem Titel „Jesus – also the Messiah for Israel? Messianic Jewish Movement and Christianity in dialogue“ und versammelte vom 11. bis 13. Juli internationale Fachleute aus elf Nationen, um erstmals im deutschsprachigen Raum den Dialog zwischen Christentum und messianischem Judentum akademisch zu führen. Schirmherr war Kardinal Christoph Schönborn, der einer Arbeitsgruppe des Heiligen Stuhls vorsteht, die bereits seit dem Jahr 2000 den Dialog mit den messianischen Juden – einer stark wachsenden Gruppe von geschätzt etwa 200.000 Gläubigen – vorantreiben möchte. „Sie spiegelt uns, dass Jesus ein Sohn des Volkes Israel war. Die Kirche aus Juden und Heiden hat in den ersten Jahrhunderten die ecclesia ex circumcissione verdrängt, die nun plötzlich wiederkehrt“, meinte der Theologe. Gleichwohl bleibe das Thema „delikat“, führte Tück weiter aus: Messianische Juden würden innerhalb des Judentums nicht mehr als Juden anerkannt. Auch die katholische Kirche sei bislang eher zurückhaltend gewesen, da sie die Errungenschaften des jüdisch-christlichen Dialogs nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil nicht gefährden wolle. Teile der messianisch-jüdischen Bewegung seien stark vom charismatisch-evangelikalen Christentum beeinflusst und praktizierten partiell auch Judenmission. Von organisierter Judenmission aber hat sich die katholische Kirche ausdrücklich abgekehrt und anerkannt, dass Israel im ungekündigten Bund mit Gott stehe. Eine „produktive Irritation“ bringt das Thema nach Einschätzung Tücks auch mit Blick auf die Eschatologie und die Frage der Landverheißung: Viele messianische Juden glauben, dass mit der Wiederkunft (Parusie) Christi Israel wiederhergestellt werde und geschichtlich-konkret ein 1.000-jähriges messianisches Friedensreich beginne. Die Parusie-Vergessenheit der Kirchen stellten sie damit in Frage. Zugleich gäben sie den Anstoß, eine spiritualisierende und individualisierende Engführung der Eschatologie zu überwinden und auch die konkret-geschichtliche Dimension der Heilshoffnung zu bedenken. Dabei sei die „tastende Deutung“ der Wiederkunft vieler Juden in das Land Israel als „Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk“ nicht zu verwechseln mit einer religiösen Legitimation der Politik des Staates Israel. Politische Messianismen seien „theologisch inakzeptabel“, betonte Tück. Unter den Referenten der Tagung waren neben Tück der Wiener Alttestamentler Ludger Schwienhorst-Schönberger, der Judaist Christian Rutishauser SJ, der Tübinger Neutestamentler Michael Theobald, die Luzerner Dogmatikerin Ursula Schumacher, sowie zahlreiche internationale Experten wie Gavin d’Costa und Richard Harvey (beide Großbritannien), R. Kendall Soulen (USA), Mark Kinzer (USA), David Neuhaus (Israel) und andere. (kna öki 19.07.2022)
- **Sachsen-Anhalt bekommt als zweites deutsches Bundesland einen Polizeirabbiner.** Die Landesregierung und der Landesverband der jüdischen Gemeinden unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung in der Synagoge von Halle. In Baden-Württemberg haben im August 2021 die bundesweit ersten beiden Polizeirabbiner ihren Dienst angetreten. Deren Aufgabe ist es, angehenden Polizistinnen und Polizisten während ihrer Ausbildung Wissen

über das jüdische Leben zu vermitteln und allen Polizeimitarbeitenden sowie deren Angehörigen als Vertrauenspersonen zur Verfügung stehen. (kna öki 02.08.2022)

- **In der irakischen Stadt Ur entsteht ein interreligiöses Dialogzentrum, das christliche, islamische, jüdische und Gotteshäuser weiterer Religionen sowie einen interreligiösen Dialogsaal umfassen wird.** Die regionalen Behörden des Gouvernements Dhi Qar gaben jetzt offiziell den Startschuss für das Projekt, berichtet der Informationsdienst der Stiftung „Pro Oriente“. Das Projekt erstreckt sich insgesamt über eine Fläche von rund 10.000 Quadratmetern. Ein Vertreter des Gouvernements bestätigte die Erteilung einer Lizenz zum Bau der ersten Kirche auf dem Gelände. Die Kirche, die „Ibrahim al Khalil“ (Abraham, der Freund Gottes) heißen soll, soll einen nach Papst Franziskus benannten Versammlungsraum für Pilger erhalten. Der Papst hatte am 6. März 2021 die Ur-Ebene besucht, wo er in Nadschaf vom schiitischen Großajatollah Ali al-Sistani empfangen worden war. Es war das erste Mal, dass sich die höchsten Autoritäten der beiden Glaubensgemeinschaften trafen. Anschließend warb Franziskus bei den Ruinen der antiken sumerischen Stadt Ur mit zahlreichen Religionsführern des Irak für einen gemeinsamen Einsatz für Frieden. Das im Süden des Irak gelegene Ur gilt als Heimat der biblischen Gestalt Abraham, auf die sich die drei monotheistischen Weltreligionen gleichermaßen als Stammvater berufen. Das interreligiöse Zentrum ist Teil eines umfassenderen Programms zur Wiederbelebung der antiken Stadt. Der Irak hatte nach dem Besuch von Papst Franziskus einen nationalen „Tag der Toleranz und Koexistenz“ eingeführt. Dieser soll jeden 6. März begangen werden und an das „historische Treffen“ des Papstes mit dem schiitischen Großajatollah Ali al-Sistani erinnern. (kna öki 02.08.2022)
- **Ein vom Gemeindegemeinderat einberufenes Expertengremium hat sich gegen den Verbleib einer antijüdischen Skulptur an der evangelischen Wittenberger Stadtkirche ausgesprochen.** Es empfiehlt dem Gemeindegemeinderat, das als „Judensau“ bekannte Relief abnehmen zu lassen. Es solle „in enger räumlicher Nähe zur Kirche“ präsentiert werden. Zudem solle ein pädagogisches Konzept die Geschichte christlicher Judenfeindschaft beleuchten. Das Gremium rät auch dazu, schon vor einer Abnahme der Skulptur eine Faltbroschüre dazu zu erarbeiten und einen neuen Erklärtext für die bereits bei der Kirche stehende Informationsstele anzubringen. Außerdem müsse die Dauerausstellung in der Stadtkirche neu konzipiert werden und auch über Antijudaismus und Antisemitismus informieren. Der Gemeindegemeinderat fasst sich Ende August mit den Empfehlungen. Entscheidend für weitere Schritte sei auch das Einverständnis des Denkmalschutzes sowie der Unesco, da die Wittenberger Reformationsstätten zum Weltkulturerbe gehören. Gegen den Verbleib der Skulptur am bisherigen Ort hatte ein Mitglied der jüdischen Gemeinschaft geklagt. Nach mehreren Vorinstanzen entschied der Bundesgerichtshof Mitte Juni, dass die Schmähplastik nicht entfernt werden muss. Durch eine Bodenplatte und einen Schrägaufsteller unterhalb des Reliefs sei das Schandmal in ein Mahnmal umgewandelt. Gegen die Entscheidung wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt. Demnächst wird sich also das Bundesverfassungsgericht mit dem Fall beschäftigen. (kna öki 02.08.2022)
- **Kleiner und älter: Die Zahl der Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland ist erneut gesunken.** Ende 2021 waren es 91.839 Jüdinnen und Juden, im Jahr davor 93.695, wie die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) in Frankfurt mitteilte. Das ist ein stetiger Rückgang nach einem Höchststand 2006 mit 107.794 Menschen. Ende vergangenen Jahres gab es mit 48.992 Frauen mehr weibliche Mitglieder. Die meisten Jüdinnen und Juden (15.391) waren zwischen 71 und 80 Jahren alt. Bei den älteren Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren lag die Mitgliederzahl bei 3.726. Bei den 22- bis 30-Jährigen stiegen die Zahlen deutlich: Sie waren mit 6.510 Menschen vertreten, bei den 31- bis 40-Jährigen waren es bereits 9.279. Den Zugängen von 1.352 Jüdinnen und Juden standen 3.208 Abgänge gegenüber. Bei den Zugängen kamen beispielsweise aus dem Ausland 291 Menschen. Es gab 203 Geburten und 43 Übertritte. Die Mehrheit der Abgänge lag in der Anzahl der Todesfälle (1.759) begründet. Ansonsten gab es beispielsweise 337 Austritte – das ist die niedrigste Zahl seit dem Mitgliederrekordjahr 2006. Die Zahl der Auswanderungen wird mit 208 angegeben. In einem kürzlich vorgelegten ZWST-Bericht heißt es, dass eine Trendwende bei den Zahlen heute nicht in Sicht sei. Man könne vielleicht denken, „die politische Lage dieser Tage würde sich auch auf die Gemeinden auswirken“, schreibt der Autor Chajm Guski. So seien unter den Geflüchteten aus der Ukraine auch Jüdinnen und Juden. Insgesamt 0,13 Prozent der Menschen in der Ukraine seien jüdisch. „Wenn wir diese Zahl auf die Flüchtenden hochrechnen, wären das etwa 1.000 Menschen bisher im Jahr 2022. Aber diese Menschen benötigen zunächst unsere Hilfe und werden sich in erster Linie nicht für eine Gemeindegemeinschaft interessieren.“ (kna öki 09.08.2022)

- **Aktuelle gesellschaftliche Debatten können nach Ansicht des Judaisten Yossi Hayut Chajes von jüdischen Traditionen profitieren.** Komplexe Argumente und Meinungsverschiedenheiten brächten Diskurse nach vorn, erklärte der an der Universität Haifa lehrende Professor für Jüdisches Denken bei den Salzburger Hochschulwochen. Gesellschaften sollten lernen, auch das Unvollständige und Lückenhafte wertzuschätzen. Die Realität sei immer komplizierter und nuancierter als jegliche Ideologien. Menschen müssten vor allem in Toleranz und Weltoffenheit geschult und in kritischem Denken angeleitet werden. Eine besondere Rolle komme dabei auch Religionen zu, so Chajes. Religionen müssten die Welt nicht in schwarz und weiß sehen, sondern könnten die ernsthafte Auseinandersetzung pflegen. (kna öki 09.08.2022)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Antisemitismus hat laut einer Studie 2021 global einen „dramatischen“ Anstieg verzeichnet.** Er habe in fast allen Ländern mit größeren jüdischen Bevölkerungsgruppen zugenommen, heißt es im Jahresreport der Universität Tel Aviv. Ursachen für die Zunahme sind demnach ein Erstarren von radikalen Rechten und Linken in einzelnen Ländern sowie ein von der Corona-Krise ausgelöste und von Sozialen Netzwerken geförderte Boom von Hass, Lüge und Verschwörungstheorien. Dazu gehöre auch die oft geteilte Behauptung, das Covid-19-Virus sei von Israel und von Juden konstruiert und verbreitet worden. Der Bericht erschien zum Auftakt des Yom HaShoah, des nationalen israelischen Gedenktags für die Opfer des Holocaust. Zudem hätten Spannungen wie der Konflikt zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen im Mai 2021 zu starken Schüben von Antisemitismus geführt, heißt es in dem rund 50 Seiten umfassenden „Antisemitism Worldwide Report 2021“. Auch Bemühungen des Iran, über Soziale Medien antisemitische Propaganda zu verbreiten und bestimmte Kanäle zu finanzieren, seien mit ausschlaggebend. Man müsse zugeben, dass der Kampf gegen Antisemitismus bislang gescheitert sei, so die Autoren. Zu Deutschland heißt es, die Polizei habe 3.028 antisemitische Vorfälle verzeichnet; ein Anstieg von 29 Prozent gegenüber 2020 und 49 Prozent gegenüber 2019. Besorgnis erregen, dass deutsche Impfgegner ihre Situation mit der der Juden im Holocaust verglichen und damit den Holocaust bagatellisiert hätten, heißt es in der Studie. (kna öki 03.05.2022)
- **Im Judentum nimmt der Anteil der Ultraorthodoxen laut einer neuesten Studie zu.** Von den 6,6 Millionen Juden in Israel gehörten 17 Prozent (1,2 Millionen) zur Gruppe der strengreligiösen Haredim; in den USA machten sie 12 Prozent der fast 7 Millionen Juden aus. Weltweit dürfte sich nach Angaben des in London ansässigen Institute for Jewish Policy Research der Anteil der Strenggläubigen von 14 Prozent im Jahr 2020 auf 23 Prozent im Jahr 2040 erhöhen, melden israelische Medien. Ursache für den Anstieg ist die jährliche Wachstumsrate, die bei den Ultraorthodoxen laut Studie zwischen 3,5 und 4 Prozent und bei der jüdischen Bevölkerung insgesamt bei 0,7 Prozent liegt. Daher dürfte sich die Zahl der Haredim alle 18 bis 20 Jahre verdoppeln. Die drittgrößte Haredim-Gemeinde befindet sich demnach in Großbritannien, wo 26 Prozent der 292.000 Juden ultraorthodox sind, gefolgt von Kanada, Argentinien und Belgien; dort hat die jüdische Gemeinde mit 35 Prozent den höchsten Haredim-Anteil. Für Deutschland nennt die Studie eine Zahl von 3.000 ultraorthodoxen Juden. (kna öki 10.05.2022)
- **Der ökumenische „Kirchenrat des Nahen Ostens“ (Middle East Council of Churches / MECC) hat dazu aufgerufen, Kirchen und Gläubige in Jerusalem zu unterstützen und die heiligen Stätten zu erhalten.** Es sei Pflicht, „die internationale Gemeinschaft und die Völker der Welt daran zu erinnern, wie wichtig es ist, die christliche Präsenz in der Stadt des Friedens zu stärken“, heißt es in einer zum Abschluss der fünftägigen Vollversammlung veröffentlichten Schlussbotschaft. Mit dem Tagungsort im Kloster Anba Bishoy fand sie erstmals seit Gründung des MECC 1974 in Ägypten statt. Neben Personalien und Berichten der verschiedenen MECC-Gremien standen laut der Schlussbotschaft etwa die Themen christliches Zeugnis und ökumenische Beziehungen, Diakonie, Kommunikation sowie Organisationsentwicklung und Nachhaltigkeit im Fokus der Konferenz. Unter anderem trafen die Kirchenvertreter mit dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi zusammen. In seiner Ansprache betonte dieser laut dem Coptic Orthodox Cultural Center, in Ägypten seien Staatsbürgerschaft und gleiche Rechte für alle feste Werte. Der ägyptische Staat habe die Gleichheit aller Bürger, von denen die Christen ein integraler Bestandteil seien, in allen Aspekten des Lebens etabliert. Al-Sisi betonte ferner das Anliegen des Staates, Pluralismus und Glaubensfreiheit zu stärken sowie Fanatismus und Extremismus zu bekämpfen. Er unterstrich die

Bemühungen des Staates zum Schutz des christlichen Erbes ein, etwa bei der Restaurierung archäologischer christlicher Stätten oder der Wiederbelebung des Weges der Heiligen Familie als Pilgerweg. Der MECC würdigte die Bemühung al-Sisis um „den gesellschaftlichen Frieden, die Bekämpfung des Terrorismus und die Arbeit zum Aufbau der neuen Republik“. Lob gab es zudem für seine Aussage, dass „die christlichen Brüder in allen arabischen Ländern ein integraler Bestandteil des Gefüges der gesamten arabischen Gesellschaft sind“. Die christliche Präsenz, so der MECC, mache den Kern der Einheit des Nahen Ostens aus. Christen hätten einen großen Beitrag zum Aufbau ihrer Länder und deren Wohlstand geleistet. Entsprechend schmerzhaft sei die Abwanderung vor allem junger Christen aus der Region. Die Vertreter des MECC riefen in ihrer Abschlussbotschaft dazu auf, auf jede Form von Gewalt und Fanatismus zu verzichten, solidarisch mit marginalisierten Menschen zu sein, die Glaubensfreiheit zu achten, sowie die Werte der Staatsbürgerschaft und eines gemeinsamen respektvollen Lebens mit den muslimischen Brüdern zu festigen. Ferner riefen sie die Verantwortlichen auf, sich mit Nachdruck für die Bewältigung der in den verschiedenen Ländern der Region des Nahen Ostens herrschenden Krisen einzusetzen, insbesondere der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Erneut appellierten die Nahostkirchenführer an die internationale Gemeinschaft, „sich mit Nachdruck und Sorgfalt für die Freilassung aller Entführten einzusetzen“, besonders für die im April 2013 in Syrien entführten Bischöfe, den griechisch-orthodoxen Erzbischof Boulos Yazigi und den syrischen Metropoliten Mar Gregorios Youhanna Ibrahim. Die MECC-Vollversammlung bestätigte den seit Herbst 2020 amtierenden Generalsekretär Michel Abs. Neben neuen Mitgliedern des Exekutivausschusses wurden neue Vorsitzende gewählt, die die vier kirchlichen Familien im MECC vertreten. Die östlich-orthodoxe Familie vertritt neu der koptisch orthodoxe Metropolit von Jerusalem und dem Nahen Osten, Bischof Antonius, die orthodoxe Familie der griechisch-orthodoxe Patriarch von Antiochien, Johannes X. Yazigi. Der armenische Patriarch Raphael Bedros XXI. Minassian wurde zum Vertreter der Katholiken gewählt. Und für die evangelischen Kirchen amtiert nun Paul Haidostian, Präsident der Föderation der Armenischen Evangelischen Kirchen im Nahen Osten. Im 1974 in Nikosia gegründeten MECC mit Sitz in Beirut sind vier Kirchenfamilien (katholisch, orthodox, orientlich-orthodox, reformatorisch) vertreten. Ziel des Zusammenschlusses ist es, die Kooperation christlicher Gemeinschaften im Nahen Osten zu intensivieren und religiöse Vielfalt zu fördern. (kna öki 24.05.2022)

- **Mehr als die Hälfte der jüdischen Einwohner Jerusalems über 20 Jahre sind laut aktuellen Erhebungen religiös oder strengreligiös.** Nach vom Zentralen Statistikbüro (CBS) zum sogenannten Jerusalemtag veröffentlichten Zahlen bezeichnen sich 35 Prozent der Jerusalemer Juden als ultraorthodox. Weitere 22 Prozent gaben an, „observante“ Juden zu sein und einen religiösen Lebensstil zu führen. Als traditionell bezeichneten sich weitere 25 Prozent, während 18 Prozent sich als säkular sehen. Insgesamt sind 61,2 Prozent der knapp 972.000 Jerusalemer Einwohner jüdisch. Arabische Bürger machen 38,8 Prozent aus. Von den arabischen Bewohnern sind weniger als 2 Prozent christlichen Glaubens. Die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Haushalt liegt laut Bericht in Jerusalem mit 3,79 deutlich über dem israelischen Schnitt von 2,9. Auch das Erstgebärenden-Alter liegt mit 24,8 Jahren knapp drei Jahre unter dem nationalen Durchschnitt (27,7). Mit 48,8 Prozent rangiert der Anteil der Erwerbstätigen unter dem landesweiten Mittel von 61,8 Prozent. (kna öki 31.05.2022)
- **Bischöfe aus Europa haben vor einer Gefährdung für die christliche Präsenz in Jerusalem gewarnt.** Christen seien für die Identität der Stadt wichtig, „doch ihr Fortbestand ist durch Besatzung und Ungerechtigkeit bedroht“, heißt es in der zum Abschluss des 22. Solidaritätsbesuchs europäischer Bischöfe mit Christen im Heiligen Land veröffentlichten Botschaft. An dem sechstägigen Besuch zu Status und Zukunft Jerusalems nahmen Vertreter von sechs Bischofskonferenzen teil, aus Deutschland der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Naher und Mittlerer Osten“ der Kommission Weltkirche bei der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Weihbischof Udo Bentz. Die Bischöfe teilten die Sorge der Jerusalemer Christen „über die von der israelischen Polizei verhängten einseitigen Einschränkungen der Religionsfreiheit während der Osterzeit“. Gewalt und Einschüchterungen durch israelische Siedler, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sowie Schwierigkeiten bei der Familienzusammenführung seien weitere Herausforderungen für die einheimischen Christen. Die Covid-19-Pandemie und das dadurch bedingte Wegbleiben der Pilger in den vergangenen zwei Jahren habe zusammen mit Preissteigerungen die Armut vieler Menschen verschärft. Als Hoffnungszeichen sahen die Bischöfe das Engagement christlicher Organisationen, die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Gemeinde und der Gesellschaft im Allgemeinen übernehmen. Mit Blick auf die Juden, Christen und Muslimen heilige Stadt Jerusalem forderten die Bischöfe, dass sie immer „ein gemeinsames Erbe bleiben“ müsse und „niemals zum exklusiven Monopol einer

Religion werden“ dürfe. Die Offenheit und Universalität der Stadt zu bewahren, sei „unser Recht und unsere Pflicht als Christen“. Gleichzeitig sei es wichtig, dass Pilger die Christen in Jerusalem und im Heiligen Land unterstützten, ihre Lebenswirklichkeit verstünden und sich damit auseinandersetzten, so die Abschlussbotschaft. „Die palästinensischen Christen leben in einer gesellschaftlich und politisch fragilen Umwelt“, in der es immer wieder zu Gewalt komme, sagte Weihbischof Udo Bentz laut Mitteilung der Deutschen Bischofskonferenz zum Abschluss des Besuchs. In den Gesprächen vor Ort sei deutlich geworden, dass sich die Lebensrealität für viele Christen in Jerusalem schwierig darstelle. Gleichzeitig sei Jerusalem eines der bedeutendsten Ziele christlicher Pilger aus aller Welt, nicht nur zum biblischen Ursprung und heiligen Stätten, „sondern der Weg führt ebenso zu den Christen der heutigen Zeit, die unter oft schwierigen Bedingungen ihren Glauben leben“. Mit dem Besuch „heiliger Orte in einer unheiligen Gegenwart“ werde der Pilger mit der „Zerrissenheit der Welt“ konfrontiert. Das „Internationale Bischofstreffen zur Solidarität mit den Christen im Heiligen Land“ findet seit 1998 im Auftrag des Heiligen Stuhls und auf Einladung der katholischen Bischöfe des Heiligen Landes statt. Es soll helfen, „Christen und Kirchen im Heiligen Land in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Verständigung zwischen den Völkern und Religionsgemeinschaften zu stärken und die Verbindung der Weltkirche mit ihnen zu festigen“, so die Deutsche Bischofskonferenz. (kna öki 31.05.2022)

- **Das oberste israelische Gericht hat einen Einspruch des griechisch-orthodoxen Patriarchats gegen die Übernahme von zwei Immobilien am Jaffa Tor in der Jerusalem Altstadt durch die rechte jüdische Siedlerorganisation „Ateret Cohanim“ abgewiesen.** Die Entscheidung entbehre jeglicher rechtlicher oder logischer Grundlage, da die Organisation und ihre Unterstützer „krumme und illegale Methoden angewandt haben, um christlichen Grundbesitz an einem der wichtigsten Orte der arabisch-islamischen und christlichen Präsenz in Jerusalem zu erwerben“, heißt es in einer Stellungnahme des Patriarchats. Damit sind die Rechtsmittel in dem seit 2004 anhaltenden Rechtsstreit um die beiden Hotels am Jaffator ausgeschöpft, und Ateret Cohanim ist rechtmäßiger Besitzer der Gebäude. Das Patriarchat erklärte, es werde die palästinensischen Mieter der christlichen Häuser weiterhin unterstützen. Es werde „unbeirrt gegen die rassistische Politik und die Agenda der extremen Rechten in Israel“ kämpfen, die darauf abziele, „die vielfältige Identität der Stadt Jerusalem zu untergraben und ihr eine neue Realität aufzuzwingen“. Das Patriarchat hatte den 2004 unterzeichneten Verkauf der beiden Hotels sowie einer weiteren Immobilie an Ateret Cohanim angefochten. Der Kauf sei ohne Genehmigung der Kirchenleitung und durch Korruption zustande gekommen; zudem sei der Preis viel zu niedrig gewesen, argumentierte die Kirche. Im Juni 2019 hatte das Oberste Gericht den Kaufvertrag als gültig beurteilt. Das Jerusalem Bezirksamtsgericht lehnte im Juni 2020 einen Antrag des Patriarchats auf Verfahrenswiederaufnahme ab, worauf das Patriarchat sich an das Oberste Gericht wandte. (kna öki 14.06.2022)
- **Das griechisch-orthodoxe Patriarchat von Jerusalem hat das Eindringen strengreligiöser Juden auf ein Gelände des Patriarchats auf dem Jerusalemer Zionsberg verurteilt.** Am 6. Juni habe „eine Gruppe von etwa 50 israelischen Radikalen unbekannter Herkunft das Tor und die Absperrungen“ aufgebrochen und sei in die Kapelle des Patriarchats eingedrungen, heißt es in einer Mitteilung des Patriarchats. Dabei verunreinigten die Eindringlinge laut den Angaben das Innere der Kapelle und bedrohten einen von der Kirche beauftragten Wachmann, der die Polizei rief. „Diese Art des Eindringens, der Einschüchterung und der Bedrohung hat in dieser Kapelle wiederholt stattgefunden, wodurch ihre Heiligkeit und das kontinuierliche Zeugnis der christlichen Präsenz dort seit der Zeit des letzten Abendmahls und des Pfingsttages verletzt wurden“, so die Mitteilung weiter. Das Patriarchat erstattete Anzeige und kündigte an, alle Möglichkeiten zu prüfen, „um seinen Rechten und seinem Personal zu ihrem Recht zu verhelfen“. Die Online-Kampagne „protectingholylandchristians.org“, die nach eigenen Angaben vom griechisch-orthodoxen Patriarchen Theophilos III. von Jerusalem initiiert wurde, verurteilte den Zwischenfall auf Twitter. Die zu Pfingsten genutzte Kapelle werde häufig verwüstet, indem „israelische Radikale“ Farbe in die Kapelle schütteten, in die Katakomben urinieren oder den Garten zerstörten. Jerusalems stellvertretende Bürgermeisterin Fleur Hassan-Nahoum warf der Kampagne Antisemitismus vor. Auf deren Anfrage via Twitter, was sie zu jüngsten Übergriffen sage, antwortete sie: „Ich habe eine Menge zu sagen, aber ehrlich gesagt wird es für euch Antisemiten keinen Unterschied machen.“ Stattdessen werde sie „weiterhin meine eigentliche Arbeit machen, nämlich Brücken zu bauen“. (kna öki 14.06.2022)
- **Im Iran gibt es nach den Worten des dortigen Oberrabbiners Yehuda Gerami „viel weniger Antisemitismus“ als in Europa.** „So brauchen zum Beispiel die Synagogen keine Sicherheitsmaßnahmen. Unsere Einrichtungen, die Schulen, keine einzige von ihnen braucht

ein Sicherheitskonzept“, sagte der 37-Jährige im Interview der Deutschen Welle. „Wir haben wunderbare Beziehungen mit unseren muslimischen Nachbarn. Sie respektieren uns, und wir respektieren sie unsererseits.“ (kna öki 14.06.2022)

- **Christen in Palästina haben den Kirchen weltweit eine Doppelmoral in Bezug auf Israel vorgeworfen.** „Wir sind beunruhigt, wenn unsere Schwestern und Brüder über ihre Beziehungen zu religiösen Dialogpartnern mehr in Sorge sind als über unser Leben unter brutaler Besatzung“, heißt es in einem Dossier der palästinensisch-christlichen Initiative „Kairos-Palästina“ und „Global Kairos for Justice“, aus dem die „Association France Palestine Solidarité“ zitiert. Israel brauche Freunde, die ihm die Wahrheit sagen, sagte der Vorsitzende von „Kairos Palästina“, der emeritierte Lateinische Patriarch von Jerusalem Michel Sabbah, laut Bericht bei der Vorstellung des Dossiers. Das 28 Seiten umfassende Dokument mit dem Titel „Das System der Apartheid in Israel. Ein dringender Aufruf an die Kirchen in aller Welt, Gerechtigkeit zu üben“ wirft Israel vor, ein Apartheid-Regime zu sein. Eine gründliche Prüfung der Fakten vor Ort begründe diesen Vorwurf eindeutig. Unter anderem geht die Initiative auf die wiederholt vorgebrachten Einwände gegen den Gebrauch des Apartheid-Begriffs für Israel ein. Der Begriff beziehe sich „auf eine Wahrheit, sowohl in seiner Definition im internationalen Recht als auch in seiner Beschreibung der Realitäten vor Ort“. Die Kirche dürfe das Leiden der Palästinenser unter der israelischen Besatzung nicht sprachlich beschönigen, sondern müsse deutlichere Worte wählen. „Wenn die Kirche sich weigert, Israels Gesetze und sein Handeln als Apartheid zu bezeichnen, trägt sie zu deren Fortbestand bei“, so die Initiative. Die Kirche dürfe nicht darauf warten, dass die internationale Gemeinschaft Israels Apartheid offiziell verurteile, sondern müsse „die internationale Gemeinschaft formen und anführen“. Der Kampf um die Freiheit der Palästinenser sei nicht gegen den Staat Israel gerichtet. Nur durch die Freiheit der Palästinenser könnten beide Völker „Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Liebe“ erlangen. (kna öki 19.07.2022)
- **Archäologen der Hebräischen Universität Jerusalem haben in der Nähe des Tempelbergs ein rituelles Bad (Mikwe) aus der Zeit des Zweiten Tempels (1. Jahrhundert) freigelegt.** Neben der Mikwe wurden weitere Artefakte aus der Zeit des Zweiten Tempels, der römisch-byzantinischen und der osmanischen Periode gefunden, darunter ein Fragment einer spätbyzantinischen Öllampe mit der griechischen Inschrift „Das Licht Christi leuchtet für alle“, wie die Universität mitteilte. Dieser Satz hat nach Einschätzung der Forscher seinen Ursprung möglicherweise in der Zeremonie des Heiligen Feuers, die Teil der orthodoxen Osterfeierlichkeiten in der Grabeskirche ist. Bei der Lampe handelt es sich demnach möglicherweise um ein traditionelles Souvenir christlicher Pilger im 6. und 7. Jahrhundert. Die im Februar 2021 begonnenen Ausgrabungen standen im Zusammenhang mit dem Ausbau eines behindertengerechten Zugangs zur Altstadt unter der Klagemauer. Die Mikwe gehörte zu einer privaten, in den Felsen gehauenen Villa in einem Bereich Jerusalems, in dem in dieser Zeit laut dem jüdischen Schriftsteller Flavius Josephus die Elite der Stadt wohnte. Das rituelle Bad soll laut Mitteilung erhalten und in den neuen Komplex des Klagemaueraufzugs integriert werden. Nahe der Villa legten die Forscher zudem eine verputzte Zisterne frei. Sie wurde laut Mitteilung bis zur Zerstörung des Tempels durch die Römer im Jahr 70 benutzt und enthielt Überreste von knapp 40, teils intakten Kochtöpfen. Unter den Funden befand sich ferner ein Abschnitt des „Unteren Aquädukts“ aus osmanischer Zeit, ein Wasserbecken sowie Überreste eines römischen Ofens, die beide von Soldaten der Zehnten römischen Legion gebaut wurden. Der Boden enthält eine Schicht von Ziegelsteinen, von denen einer mit den Buchstaben „LXF“ gestempelt wurde, eine Abkürzung für den römischen Namen der Legion, „Legio X Fretensis“. Die vielen Wasserkanäle, Zisternen und Teiche, die in dem Gebiet entdeckt wurden, spiegeln laut Ko-Grabungsleiter Oren Gutfeld „die zentrale Rolle wider, die die Wasserversorgung Jerusalem (kna öki 02.08.2022)
- **Ein computergestütztes Forschungsprojekt der israelischen Antikenbehörde soll neue Einsichten in den Angriff der Römer auf Jerusalem bringen,** die im Jahr 70 nach Christus nach einer viermonatigen Belagerung der Stadt und intensiven Kämpfen zur Zerstörung des Zweiten Tempels führte. Unter anderem zeige sich erstmals, an welchen Stellen die römische Armee wahrscheinlich in die Stadt eingedrungen sei. Laut Behörde erfasste und kategorisierte der Archäologe Kfir Arbiv systematisch die bei Ausgrabungen in Jerusalem gefundene römische Militärausrüstung, darunter hunderte Stücke unterschiedlicher Munition für römische Wurfmaschinen (Ballisten). Anschließend lokalisierte er die Munition an ihren Fundorten, um unter Berücksichtigung der lokalen Topografie und der Lage der Stadtmauern der Zeit ballistische Berechnungen vorzunehmen. Diese verglich er schließlich mit den Beschreibungen des jüdischen Schriftstellers Flavius Josephus. (kna öki 09.08.2022)

3. Personen

- **Amy-Jill Levine**, emeritierte Professorin für Jüdische Studien und Neues Testament, hat in Frankfurt den erstmals verliehenen „Seelisbergpreis“ erhalten. Die 1956 geborene Wissenschaftlerin wurde für ihre jahrzehntelange Rolle beim Aufbau einer neuen und bereichernden Beziehung zwischen Juden und Christen geehrt, wie der Internationale Rat der Christen und Juden (ICCJ) mitteilte. Als Jüdin habe sie die Texte des Neuen Testaments aus ihrem jüdisch-messianischen Kontext der Zeit kommentiert. Der mit 20.000 Euro dotierte Preis erinnert an die „Internationale Dringlichkeitskonferenz zur Bekämpfung des Antisemitismus“, die vor 75 Jahren, vom 30. Juli bis 5. August 1947, im schweizerischen Seelisberg stattfand. Die gemeinsame Auszeichnung des ICCJ und des Zentrums für Interkulturelle Theologie und Religionswissenschaft der Universität Salzburg soll fortan jährlich eine Person ehren, die durch wissenschaftliche Exzellenz zur jüdisch-christlichen Verständigung beigetragen und ihre Forschung einem breiten Publikum vermittelt hat. Man wolle Vorbilder des interreligiösen Dialogs ins Rampenlicht rücken, sagte der Salzburger Theologe Gregor Maria Hoff. Levine, die vor ihrer Emeritierung unter anderem an der Vanderbilt University in Nashville/Tennessee lehrte, hatte 2012 zusammen mit Marc Z. Brettler erstmals eine komplette Ausgabe des Neuen Testaments mit Anmerkungen aus jüdischer Sicht vorgelegt. 2019 war sie die erste Jüdin, die Neues Testament im Päpstlichen Bibelinstitut in Rom lehrte. 2021 wurde sie in die Amerikanische Akademie für Kunst und Wissenschaft gewählt. Darüber hinaus legte sie fast zwei Dutzend Bücher vor und war Herausgeberin eines 13-bändigen feministischen Kommentars zum Neuen Testament und zu frühchristlichen Schriften. Ebenso ist Levine Herausgeberin des Neuen Testaments der neuen Oxford- Bibelkommentare. (kna öki 28.06.2022)
- **Pinchas Goldschmidt (58)**, nach Israel geflohener Moskauer Oberrabbiner, hat die Leitung des Rabbinats der russischen Hauptstadt nach fast 30 Jahren abgegeben. Erst Anfang Juni war er wiedergewählt worden, obwohl er nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Ende Februar Russland verlassen hatte. Er war nach Angaben seiner Schwiegertochter von russischen Behörden unter Druck gesetzt worden, den Krieg gegen die Ukraine öffentlich zu unterstützen, was er abgelehnt habe. Der aus Zürich stammende Goldschmidt, der 1987 in Jerusalem sein Rabbinerdiplom erhielt und 1989 er in die damalige Sowjetunion zog, hatte das Amt seit 1993 inne. Er bleibt weiter Präsident der orthodox geprägten Konferenz Europäischer Rabbiner (CER), die als Dachorganisation nach eigenen Angaben rund 1.000 Rabbiner vertritt. (kna öki 12.07.2022)
- **Charlotte Knobloch (89)**, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, hat den Ehrendokortitel der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München erhalten. Er sei eine Anerkennung für ihr außergewöhnliches gesellschaftliches Engagement zur Stärkung der Demokratie sowie des Judentums in Deutschland, hieß es bei der Verleihung in Neubiberg bei München. Zudem werde sie für ihre hervorragenden Leistungen geehrt, Wissenschaft und Bildung im akademischen Geist zu fördern. Knobloch wurde 1932 in München als Tochter eines jüdischen Rechtsanwalts geboren, ihre Mutter konvertierte zum Judentum. Nach der Scheidung ihrer Eltern wuchs sie bei ihrer Großmutter auf, die 1944 im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet wurde. Knobloch entkam der Deportation, weil sie die ehemalige Hausangestellte ihres Onkels, Kreszentia Hummel, rettete und als uneheliches Kind ausgab. Seit 1985 ist Knobloch Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Von 2005 bis 2013 war sie Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses und von 2006 bis 2010 Präsidentin des Zentralrat. (kna öki 19.07.2022)

4. Bücher

- **Eine historische Landkarte durch die Jahrtausende breitet Michael Wolffsohn vor den Augen des Lesers aus.** Es ist „eine andere“, bis zum Grund einzelner Begebenheiten führende jüdische Weltgeschichte. Das Geschick Israels (ältester Volksname, Beiname des biblischen Erzvaters Jakob, des „Gottesstreiters“) sei „eine Existenz auf Widerruf“ gewesen: In der Antike war das kleine Volk der Juden (ursprünglich Name eines Stammes, auf Jakob-Israels viertältesten Sohn Juda zurückgehend) stets Spielball von Großmachtinteressen, um dann im 2.000-jährigen staatenlosen Galut (Exil) aufgrund seiner ökonomischen Nutzbarkeit von der jeweiligen Obrigkeit aufgenommen oder vertrieben zu werden. Aus Neid – falls Juden zum wirtschaftlichen Wohlstand gelangten – sowie religiösen Vorurteilen wütete meistens der

niedrige Mob gegen die von Region zu Region ziehenden und als „Fremdkörper“ angesehenen Menschen. Wolffsohn räumt sowohl mit dem Antisemitismus sowie einem Philosemitismus auf, der mit den Mitteln der Antisemiten ein „ideales“ Judenbild zu konstruieren versucht. So werde z.B. der Rassismus ins „Positive“ verdreht, und man spreche über eine biologisch bedingte „jüdische Intelligenz“. Dabei sei der Erfolg der Juden in Kultur sowie Wissenschaften auf ihre seit dem Altertum als religiöse Pflicht angesehene Förderung des Bildungswesens zurückzuführen. Doch Vorsicht! Der Autor warnt vor Verallgemeinerung. Mit treffendem Humor erklärt er, dass „es auch dumme Juden“ gebe; auch im jüdischen Volk „menschelt es“. Der emeritierte Professor für Neuere Geschichte wagt es auch Tabus zu brechen. Nach der verheerenden Rassenideologie der Nazis wurde es unterlassen, Menschengruppen – besonders Juden – auch aus biologischer Sicht ins Augenmerk zu nehmen; der DNA-Forschung stand man besonders in Deutschland mit gemischten Gefühlen gegenüber. Wolffsohn benennt ohne Umschweife die Ergebnisse von Gentests, um die Verbreitung des Judentums auf dem Erdball zu dokumentieren: Wissenschaftler stellten gemeinsame Gene bei den aschkenasischen (europäischen) und sephardischen (aus Spanien geflohenen, orientalischen) Juden fest. Die jüdischen Bewohner Jemens und Äthiopiens weisen Gen-Ähnlichkeit mit der jeweiligen Lokalbevölkerung auf. Die Schlussfolgerung aus diesen Erkenntnissen: Nach der Niederwerfung des ersten jüdischen Aufstands gegen Rom (70 n.Chr.) wanderten die meisten Juden in die damals zum Römischen Reich gehörende Gebiete aus. Eine hellenistische jüdische Diaspora im Mittelmeerraum gab es schon viel früher. In weiteren Weltregionen traten Angehörige fremder Völker durch die jüdische Mission (313 vom römischen Kaiser Konstantin und später auch im Islam untersagt) zum Judentum über. Die Rassenideologien dienten der Tötung, Diskriminierung und Ausbeutung; die DNA-Forschung weise die regionale Herkunft von Menschen nach, um Erbkrankheiten bekämpfen zu können, wolle Leben retten, betont der Autor. Der Kontroverse zwischen der Tempel-Aristokratie und der pharisäischen „Bourgeoisie“ in der letzten Phase des antiken jüdischen Staatswesens als römische Provinz Judäa und zu Lebzeiten des historischen Jesus, der selbst zu den damals in sieben Schulen zersplitterten Pharisäern gehört habe, schenkt Wolffsohn große Aufmerksamkeit. Doch die Scheidung zwischen Tempel und Synagoge war nicht so krass, wie der Autor es darstellt. Auch die Pharisäer pilgerten – wie die jüdischen Massen aus der Diaspora – an den Wahlfahrtfesten nach Jerusalem zum Tempel, der für alle Juden das Zentralheiligtum war. Die pharisäischen Laien-Gelehrten polterten nur gegen die Verweltlichung des sakralen Bauwerks durch eine materialistisch gesinnte, dekadente Priesterschaft: „Heißt es nicht in der Schrift: Mein Haus soll ein Haus des Gebets für alle Völker genannt werden? Ihr aber habt daraus eine Räuberhöhle gemacht“ (Mt 11,17). Der Evangelist berichtet weiter, dass die Hohenpriester von diesen Worten Jesu hörten und nach einer Möglichkeit suchten, ihn umzubringen, doch sie fürchteten das Volk (vgl. Mt 11,18). Schalom Ben-Chorin (1913-99) bezeichnet die sadduzäischen Aristokraten als die erklärten Feinde Jesu, doch erst der Historiker Wolffsohn steckt den historischen Rahmen so gut ab, dass das verhängnisvolle, weit verbreitete Vorurteil, „die Juden“ hätten Jesus getötet, in aller Klarheit widerlegt werden kann: Der Wanderprediger aus Nazareth war in die Konfliktmühle geraten zwischen den mit der römischen Besatzungsmacht paktierenden sadduzäischen Priestern und den volksnahen Pharisäern. Der Autor schildert die jüdische Geschichte in der islamischen Welt ebenfalls vortrefflich. Die Muslime gewährten den Juden mehr Freiheiten und längere Toleranzzeiten als die Christen. Doch auch unter dem Halbmond galt das Muster der Akzeptanz und Vertreibung bis hin zur Tötung – gemäß den wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Schichten. Auch dort wütete eine fanatische Unterschicht gegen die jüdische Minderheit, meist von den führenden Kräften – die die Juden nicht mehr zu gebrauchen meinten – religiös instrumentalisiert. Damit widersetzt sich Wolffsohn der Schwarz-Weiß Malerei eines Juden hassenden Europa gegenüber dem judenfreundlichen Orient. Zugleich betont er, dass sich die jeweiligen Potentaten mit der Vertreibung sowie Vernichtung der Juden „ins eigene Fleisch geschnitten“ hätten und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur erlahmten... Sehr gut gelingt es dem Autor auch, die Hebräische Bibel als eine Sammlung altorientalischer Mythen zu schildern und auf den Einfluss der benachbarten Völker auf die Kultur und Religion Israels hinzuweisen. Doch unterlässt er es, die Religionsgeschichte von der Theologie zu scheiden, und gerät oft bei seinen theologischen Argumenten in die Sackgasse. Die große Gebiete umfassende mesopotamische Hochkultur hatte auch die Juden in ihrem Werdegang geprägt. Doch nach der militärischen Niederlage 586 v. Chr. mussten sich die Exilanten in Babylon, um überhaupt als Volk weiter zu bestehen, religiös von der heidnischen Umwelt abgrenzen, da in der Antike die nationale Existenz eng mit der Religion verbunden war. Die Fülle der Großteils mündlich überlieferten Texte unterschiedlichen Ursprungs unterstellten sie einem unsichtbaren, nicht ortsgebundenen einen Gott, der mit keinem Namen zu nennen sei, sondern sich nur als Existenz bestätigt: „Ich werde da sein, als der ich da sein werde“ (Ex 3,14 in der

Buber Rosenzweig-Übersetzung). Wolffsohn interpretiert: „da‘ als Ort ohne Ortsangabe, was bedeutet: Gott ist überall“. Doch anders als in der abstrakten Begrifflichkeit der griechischen Philosophie operierten die Verfasser der Bibel mit den „sprechenden Bildern“ der orientalischen Literatur. Wolffsohn bezeichnet richtig „das Wort“ als ein Fundament im jüdischen Glauben, doch er begeht den Fehler, den gleichen Inhalt dieses Begriffs auch im Johannes-Prolog zu finden. Der Auftakt zum Johannesevangelium fasst das Göttliche gemäß der griechischen Philosophie in eine Definition als „logos“ (vgl. Joh 1,1-2). Ganz anders das Judentum: „Er ist da“, das ist sein Name, und weiter haben die meisten Schriftgelehrten nie versucht, das Unwissbare auszudrücken“ (Pinchas Lapide). „Das Wort“ in der Tora sei göttliche Weisung und Forderung, keine Aussage über Gott, so Lapide (1922-97). Das jüdische Grundbekenntnis „Schema Israel“ („Höre Israel“) bestätigt bloß den Monotheismus, im Gegensatz zum christlichen Glaubensbekenntnis, einer Abfolge von Aussagen über das Göttliche. Sogar Maimonides (1135- 1204), der nach griechischer Methode die Inhalte des Judentums in 13 Glaubenssätzen zusammenfasste, schrieb die göttliche Unendlichkeit und Körperlosigkeit der aristotelischen Kategorie des „ganz Anderen“ zu, aus seiner jüdischer Sicht als undefinierbar vernommen. Im „Stern der Erlösung“ widerspricht Franz Rosenzweig (1886-1929) dem deutschen Idealismus, der Gott als „Geist“ gedeutet hatte. Auch er empfand die jüdische Scheu, der „Einheit die alles vollendet“, eine Definition zu geben. Man könne nur sagen, dass „alle Wahrheit nur dadurch Wahrheit ist, dass sie von ihm (Gott) kommt.

Michael Wolffsohn, Eine andere Jüdische Weltgeschichte, 368 Seiten, Herder Freiburg 2022, 28 € (kna öki 12.07.2022)

- **„Die deutschen Landser in Stalingrad haben auch schrecklich gehungert...!“ „Und was ist mit den Palästinensern?“ „Theologie nach Auschwitz...“ „Singularität der Shoah – ja oder nein?“** Seit jetzt bald vierzig Jahren „ringt“ Georg Rößler mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem: Wie kann ein Besuch dieses Ortes für deutsch(sprachig)e Besucher oder Besuchergruppen so aufbereitet werden, dass nicht eine immer wieder eher frustrierende Betroffenheitspädagogik nur Trauer oder Zorn entstehen lässt, sondern der Besuch Yad Vashems zu einer engagierten Auseinandersetzung führen kann, auch zu Fragen, die über diesen Erinnerungsort hinausweisen?

Mit seiner graphischen Gestaltung hat der AphorismA-Verlag „Nicht für Deutsche...?“ zu einer bibliophilen Perle werden lassen. Dabei bilden verfremdete Steinstrukturen in und um Yad Vashem den visuellen Hintergrund für die Themen, die in „Nicht für Deutsche...?“ angesprochen werden, darunter AS, Theodizee, Palästina-konflikt, Deutsch-israelischer Dialog, Holocaust Erziehung, Gedenkstättenpädagogik – und viele mehr.

Jehuda Bauer: „Ein faszinierender, dabei ungewöhnlicher Blick auf Vergangenheit und Gegenwart des modernen Staates Israel über die Betrachtung der Gedenkstätte Yad Vashem! Ein informatives, zum Nachdenken anregendes, gleichzeitig leicht geschriebenes Werk!“

Gil Yaron: „Das perfekte Vademecum für einen Besuch von Yad Vashem. Ein Muss für jeden, der die Tiefenpsychologie des modernen Israel wertungsfrei verstehen will und bereit ist, eigene althergebrachte Denkmuster infrage zu stellen.“

Georg Rößler Nicht für Deutsche...? Yad Vashem als Ort und Wirklichkeit Photos: Orli Hefetz-Haim Berlin 2021 – Hardcover Fadenheftung + Leporello Begleitworte von Jehuda Bauer, Gil Yaron, Stephan Reimers und Andreas Goetze 272 Seiten | 30,00 € ISBN 978-3-86575-074-7